

## **Macht oder weiße Weste: Die Frage der rot-rot-grünen Zählgemeinschaft in Neukölln**

Tony Pohl

Die Linke wurde bei der Bundestagswahl 2025 in Berlin stärkste Kraft. In aktuellen Umfragen zur Abgeordnetenhauswahl liegt sie immerhin auf Platz zwei – wenn auch deutlich hinter der CDU. Kein Wunder also, dass die Frage nach einer linken Regierungsbeteiligung wieder Konjunktur hat. Ob es am Ende für eine rot-rot-grüne Mehrheit reicht, ist jedoch unklar. Wahrscheinlicher erscheint derzeit eine rot-rot-grüne Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln nach der Wahl 2026. Damit stellt sich für die Linke Neukölln erneut die Frage nach einer Beteiligung an einer solchen Zählgemeinschaft.

In der Vergangenheit hat die Linke Neukölln dies stets mit Verweis auf den knappen Haushalt abgelehnt: Weil das Land dem Bezirk zu wenig Mittel zuweist, würde sie sich an der Mangelverwaltung mitschuldig machen. Seit 2021 sitzt die Linke jedoch selbst im Bezirksamt – und verwaltet den Mangel, wenn auch mit demonstrativer Distanz. Unsere Stadträtin macht dies zweifellos besser als Vertreter\*innen anderer Parteien: Sie benennt Probleme klar und weigert sich, Kürzungen umzusetzen.

Doch bei der zentralen Frage, wie der zu kleine Kuchen verteilt wird, sitzt die Linke nicht einmal am Katzentisch. Sie ist den Mehrheiten im Bezirksamt und in der BVV ausgeliefert und bekommt höchstens ein paar Krümel ab. Paradox ist dabei: In beiden Gremien gibt es seit der Wiederholungswahl 2023 rechnerisch eine rot-rot-grüne Mehrheit. Die rot-grüne Zählgemeinschaft hatte ihre Mehrheit verloren und ist auf Linke und CDU zugegangen. Die Linke verzichtete freiwillig auf die größere Handlungsmacht in einer rot-rot-grünen Zählgemeinschaft, um eine weiße Weste beim Thema Haushalt zu bewahren – und schadet damit möglicherweise Kindern, Jugendlichen und Familien im Bezirk.

Das zeigt sich aktuell besonders deutlich: In 2026 und 2027 soll das Jugendamt über 20 Prozent der Einsparvorgaben tragen. Änderungsanträge der Linksfraktion, den Jugendbereich zu stärken, ohne Mittel aus anderen Ressorts abzuziehen, werden von CDU, SPD und Grünen nicht einmal diskutiert, sondern einfach abgelehnt. Die Botschaft ist klar: Wer keine Mehrheit für den Haushalt ermöglicht, dessen Forderungen werden ignoriert. SPD und Grüne sind ohne die Linke gezwungen, der CDU große Zugeständnisse zu machen – die Christdemokraten sind das Zünglein an der Waage und lassen sich ihre Zustimmung teuer bezahlen.

Anstelle der CDU könnte die Linke ihre eigenen Forderungen – etwa eine bestandswahrende Finanzierung des Jugendbereichs – durchsetzen, wenn sie sich an der Haushaltsmehrheit beteiligen würde. Der freiwillige Verzicht auf diese Macht schwächt die Verhandlungsposition der Fraktion, der Stadträtin – und letztlich das Jugendamt. Mit einer Stadträtin aus dem Mehrheitslager stünde dieses finanziell wahrscheinlich sogar besser da.

Zugleich betont die Linke zu Recht, wie wichtig außerparlamentarischer Druck ist. Sie hat in Neukölln große Erfahrung in der Organisation von Kundgebungen und in der Mobilisierung von

Betroffenen. Auch jetzt haben solche Aktivitäten vermutlich kleine Zugeständnisse ermöglicht – so kann jetzt etwas die Einsparvorgabe zum Teil aus Überschüssen belegt werden, die sonst in andere Bereich abgeflossen wären. Doch außerparlamentarischer Druck und die Beteiligung an einer Zählgemeinschaft schließen sich nicht aus – im besten Fall verstärken sie sich gegenseitig.

Die Entscheidung in 2023, sich nicht an einer Zählgemeinschaft zu beteiligen war den Umständen entsprechend richtig. Zu groß war unsere Unerfahrenheit mit der Übernahme von Verantwortungen, zu tief das Misstrauen gegenüber der SPD, zu ungeklärt in der Frage, was wir eigentlich im Bezirk erreichen wollen. Unsere Stadträtin hat außerhalb der Zählgemeinschaft wichtige Pionierarbeit für uns geleistet und wertvolle Erfahrungen gesammelt. Auch die Linksfraktion hat sich in ihre neue Rolle einer Oppositionsfraktion mit Verantwortungen eingearbeitet und dominiert regelmäßig die BVV. Und richtig ist auch, dass bei der Frage der Durchsetzungsfähigkeit noch andere Faktoren eine Rolle spielen, als nur die Beteiligung an einer Zählgemeinschaft.

Dennoch stellt sich mit Blick auf die Wahlen 2026, in der Die Linke bis zu zwei Sitze im Bezirksamt erringen kann, die Frage, ob wir so weiter machen wollen wie bisher: Ein bisschen mitmachen, aber dann auch wieder nicht; auf einen Platz am großen Tisch freiwillig verzichten und aber dafür kämpfen, größere Krümel abzubekommen.

Dafür spricht, dass wir uns zugute halten können, auch so einen Unterschied zu machen: Noch im Ordnungsamt haben wir uns gegen die Shisha-Bar-Razzien gestellt und damit auch gegen große Teile des Ordnungsamts. Später im Jugendamt hat unsere Stadträtin mit der Ankündigung, nicht bei Kindern und Jugendlichen zu kürzen, stadtweit für Aufsehen gesorgt.

Doch wie nachhaltig ist eine solche Strategie? Beinahe seit Beginn unserer Verantwortungen beschäftigt uns die Frage nach dem Rücktritt. Wir haben wiederholt Szenarien durchgespielt und kamen immer wieder zum Schluss, dass uns die Bedingungen zwar quälen, ein Exit aber auch nicht hilft.

Warum also in dieser Zwitterrolle verharren? Warum fremdeln wir so sehr mit Verantwortung und Macht? Die Linke Neukölln steht vor einer Entscheidung: Will sie sich weiterhin eine weiße Weste bewahren, müsste sie konsequenterweise auch auf Sitze im Bezirksamt verzichten. Oder sie ergreift die Machtoption – und sichert einen möglichst großen Teil des Kuchens für ein soziales Neukölln.